Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Energie BFE
3003 Bern

24. Juni 2013

Totalrevision der Kernenergiehaftpflichtverordnung (KHV) - Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK hat uns mit Schreiben vom 15. März 2013 den Entwurf zur Totalrevision der Kernenergiehaftpflichtverordnung (KHV) zur Vernehmlassung zugestellt. Wir nehmen dazu gerne wie folgt Stellung.

Solothurn ist Standortkanton der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG. Diese Kernanlage ist mit ihren knapp 500 Mitarbeitenden ein wesentlicher Faktor der solothurnischen Wirtschaft. Wir haben deshalb ein Interesse, die Anliegen dieser Unternehmung bestmöglich zu wahren.

In diesem Sinne beschränken wir uns in unserem Kommentar auf zwei Punkte, die sowohl aus Sicht der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG wie auch aus unserer Sicht von fundamentaler Bedeutung sind.

Mit dem Pariser Übereinkommen (PÜ) und dem Brüsseler Zusatzübereinkommen (BZÜ) wird die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie international koordiniert und konsistent geregelt. Wir begrüssen die Ratifizierung dieser Übereinkommen durch die Schweiz und deren Anwendung explizit.

Mit dem Kernenergiehaftpflichtgesetz (KHG) hat die Schweiz das den internationalen Übereinkommen zu Grunde liegende Konzept und eine dreigeteilte Gesamtdeckungssumme von 1,5 Mia. Euro übernommen.

Die Aufgabe der Kernenergiehaftpflichtverordnung (KHV) ist es, die im KHG nicht abschliessend geregelten Elemente wie zum Beispiel die Höhe der Deckungssumme, die Berechnungsmethodik der Bundesprämien und die Herabsetzung der Deckungssumme für Anlagen mit geringer Gefährdung festzulegen. Nicht Aufgabe und auch nicht im Kompetenzbereich der KHV ist es, das in den internationalen Übereinkommen festgelegte Konzept der Gesamtdeckungssumme für die Schweiz zu modifizieren.

Gesamtdeckungssumme

Im Sinne einer konsequenten Umsetzung der internationalen Übereinkommen können wir einer Erhöhung der Gesamtdeckungssumme auf 1'200 Mio. Euro pro Kernanlage zustimmen. Dabei ist jedoch, wie im Folgenden erläutert wird, die im PÜ verwendete und im KHG nicht veränderte Methodik der Gesamtdeckung pro Kernanlage zu übernehmen.

1. Transportrisiken gehören gemäss PÜ und KHG zum Gesamtrisiko der Kernanlage

Sowohl notwendige als auch hinreichende Voraussetzung für eine Haftung nach PÜ bildet die Verursachung eines Nuklearschadens. Es haftet immer der Inhaber einer Kernanlage, ohne Differenzierung hinsichtlich weiterer haftungsbegründender Sachverhalte. Die volle Haftungssumme (allenfalls reduziert für Anlagen mit geringem Risiko oder für Transporte) definiert die vom Inhaber der Kernanlage zu übernehmende Haftpflicht abschliessend. Der Ort des Eintritts des nuklearen Ereignisses spielt keine Rolle. Es ist also nicht relevant, ob der Schaden durch die Kernanlage oder durch einen Transport mit Kernmaterialien aus der Kernanlage entstanden ist.

Folglich umfasst, wie dies im geltenden Recht heute in der Schweiz der Fall ist, die Versicherungsdeckung des Inhabers einer Kernanlage die Kernanlage selbst sowie die im Zusammenhang mit dieser Kernanlage stehenden Transporte.

Von dieser Regelung wird in den Artikeln 1 und 4 des Entwurfs der KHV (E KHV) abgewichen, indem die Deckung von 1'200 Millionen Euro (zuzüglich zehn Prozent für Zinsen) für Kernkraftwerke und je Transport separat festgelegt wird. Dies steht im Widerspruch zu den internationalen Übereinkommen und im Widerspruch zum KHG. Die Voten in der parlamentarischen Beratung zum KHG waren diesbezüglich klar. Das gemeinsame Verständnis ging dahin, die beiden Übereinkommen, die eine feste Deckungssumme für sämtliche Risiken vorsehen, möglichst völkerrechtskonform umzusetzen. Eine helvetische Sonderregelung stand zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion. Mithin war weder eine Beschränkung der Haftpflicht des Inhabers auf den Betrieb einer Kernanlage noch eine separate Deckungspflicht für die Transportrisiken inländischer Inhaber einer Kernanlage beabsichtigt.

Antrag:

Art. 1 KHV und Art. 4 KHV sind so abzuändern, dass der Gesamtbetrag der Deckung von 1'200 Millionen Euro (respektive ein herabgesetzter Betrag) pro Kernanlage zu erbringen ist, unabhängig davon, ob der Schaden durch den Betrieb der Kernanlage oder durch einen zugehörigen Transport entstanden ist.

Begründung:

Gemäss Art. 1 lit. c E KHV soll die Deckungspflicht im Gesamtbetrag neu auch „je Transport“ gelten. Damit werden ausgewählte Betriebsrisiken separat erwähnt und mit Sicherheitsleistungen unterlegt. Dies ist im Widerspruch zum Haftungskonzept des PÜ und des KHG, das den Inhaber der Kernanlage für sämtliche Nuklearschäden einstehen lässt, unabhängig von der Ursache oder dem Ereignis. Es gibt weder im PÜ noch im KHG eine separate Haftungsnorm für Transporte. Mittels einer Vollzugsverordnung können den Rechtsunterworfenen keine Pflichten auferlegt werden, welche sich nicht aus einem Gesetz im formellen Sinn ergeben. Die Kumulation der Gesamtdeckungssumme in Art. 1 E KHV sowie der Versicherungspflicht in Art. 4 E KHV ist daher gesetzeswidrig.

Diesbezüglich gilt es ergänzend anzufügen, dass der Begriff „Kernkraftwerke“ sowohl dem PÜ bzw. dem BZÜ als auch dem KHG fremd ist. Einzig verwendet wird der Begriff Kernanlage. Dieser schliesst auch das Zwischenlager Würenlingen (ZWILAG) mit ein.

2. Transporte von Materialien mit geringer Radioaktivität (z.B. Materialproben)

Der E KHV unterscheidet ausschliesslich zwischen Transporten von bestrahlten Kernmaterialien mit mehr oder weniger als 100 kg Masse. Dadurch werden neu auch alle Transporte von Materialien mit geringer Radioaktivität und sehr geringem Gefährdungspotential (z.B. Materialproben oder schwach radioaktive Betriebsabfälle) dem KHG und dem PÜ unterstellt. Bis anhin konnten diese Transporte unter den Haftpflichtbestimmungen für die Beförderungen von Gefahrgütern abgewickelt werden.

Antrag:

Die KHV ist mit einem zusätzlichen Artikel zu versehen, welcher es erlaubt, Transporte mit sehr geringem Gefährdungspotential (z.B. Materialproben oder schwach radioaktive Betriebsabfälle) unter den Haftpflichtbestimmungen für Transporte von Gefahrgut abzuwickeln.

Begründung:

Durch den E KHV in der aktuell vorliegenden Form würde eine unnötige Ungleichbehandlung der Inhaber von Kernanlagen gegenüber anderen Benutzern (Industrie, Medizin und Forschung) von radioaktiven Materialien entstehen. Es ist nicht nachzuvollziehen, wieso Transporte mit vergleichbarer Radioaktivität/Toxizität und somit mit vergleichbarem Gefährdungspotential unterschiedlichen Gesetzgebungen und Versicherungspflichten unterliegen sollen, nur weil der Ursprung der radioaktiven Materialien eine Kernanlage ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Esther Gassler
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber